

1 **Linke Antworten auf die Krise**

2 Die Corona-Pandemie hat weltweit hunderttausende Menschenleben gefordert und zudem
3 den Ausbruch einer globalen Wirtschaftskrise maßgeblich beschleunigt. Auch in Luxemburg
4 haben die Sicherheitsmaßnahmen viele Menschen in eine existenzielle Not getrieben und die
5 sozialen Ungleichheiten, die bereits vorher in unserer Gesellschaft existiert haben, noch
6 weiter verstärkt. So mussten und müssen weiterhin vor allem Menschen mit niedrigem
7 Einkommen über Monate in Kurzarbeit und somit mit weniger Einkommen zurechtkommen.
8 Allgemein sind es vor allem diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, die von Existenzängsten
9 geplagt sind, während Kapitalbesitzer von der Wirtschaftskrise weitaus weniger bedroht sind.
10 Während eine Vielzahl von Kleinunternehmern und Privatpersonen nicht wissen, wie sie
11 zurzeit ihre Miete zahlen sollen, beharren die Vermieter auf ihrem Einkommen. Auch die
12 Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wurde in letzter Zeit weiter verstärkt. So sind es vor
13 allem Frauen, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten und während der
14 sanitären Krise an vorderster Front standen. Ihre Arbeit mussten sie gleichzeitig mit
15 Kinderbetreuung und Homeschooling unter einen Hut bringen.

16 Dabei befand Luxemburg sich bereits vor dem Auftreten des Corona-Virus mitten in einer
17 sozialen Krise. Es liegt in der Logik des kapitalistischen Produktionssystems, dass investiertes
18 Kapital mit Hilfe maximaler Profite mehr und mehr Kapital in den Händen der
19 Kapitaleigentümer schafft. Diese Kapitalanhäufung in den Händen einige weniger führt dazu,
20 dass die Kapitaleigner auf Kosten der Lohnabhängigen immer reicher werden. Auch wenn
21 politisch Verantwortliche dies regelmäßig relativieren und sogar rechtfertigen, so sind in den
22 letzten Jahren und Jahrzehnten durch diesen Prozess die sozialen Ungleichheiten immer
23 weiter gewachsen. Auch haben sich bereits vor der Pandemie immer mehr Menschen – vor
24 allem Frauen – in prekären Arbeitsverhältnissen befunden. Die Konsequenz ist ein stetes
25 Ansteigen des Armutrisikos, des Anteils der Working Poor und des Drucks und der
26 individuellen Angst, selber zu den Verlierern zu gehören. Es ist zu erwarten, dass all diese
27 Faktoren in den kommenden Monaten weiter an Gewicht gewinnen werden.

28 Mit der drohenden Wirtschaftskrise darf auch eine andere Gefahr nicht aus dem Bewusstsein
29 verdrängt werden. Die Risiken des Klimawandels sind seit rund 30 Jahren bekannt, doch
30 haben sich die politisch Verantwortlichen bisher nicht zu einem Umdenken bewegen können.
31 Daher wird es immer unwahrscheinlicher, dass es noch gelingen kann, das Ansteigen der
32 Temperaturen auf 2°C, geschweige denn 1,5°C, zu beschränken. Auch der Verfall der
33 Biodiversität hat besorgniserregende Ausmaße angenommen. Ist das ökologische System erst
34 einmal aus dem Gleichgewicht gekommen, werden die Konsequenzen unvorstellbar sein:
35 Hunger, Krankheiten, Krieg. Doch auch heute schon leiden viele Menschen unter den Folgen
36 des Klimawandels, unter der Dürre und den Überschwemmungen, unter dem Mangel an
37 natürlichen Ressourcen und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Mit dem
38 Herunterfahren der Wirtschaft und der eingeschränkten Mobilität aufgrund der Pandemie
39 waren die CO2-Emissionen zeitweise stark gesunken. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr,
40 dass anschließend versucht wird, die Wirtschaft um jeden Preis wieder anzukurbeln.
41 Ökologische Bedenken dürfen in diesem Prozess keinesfalls in den Hintergrund geraten,
42 sondern müssen auch weiterhin ernst genommen werden.

43 déi Lénk stellen mit Bedauern fest, dass es der Regierung nicht gelingt, all diese Probleme als
44 ein Gesamtproblem zu begreifen und es als solches anzugehen. Sie versucht es vor allem mit
45 Symbolpolitik (finanzielle Hilfen beim Kauf von Elektroautos, minimale Erhöhung des
46 Mindestlohns um 0,9%, usw.), ein wirklich kohärentes Vorgehen lässt jedoch auf sich warten.
47 Sie ist weiterhin der Meinung, dass der freie Markt sich am besten selbst regelt, und setzt
48 lieber auf individuelle Verantwortung als auf klare Regeln. Zudem ziert sie sich, die
49 finanziellen Direkthilfen und staatlichen Garantien für Darlehen, die aufgrund der Corona-
50 Krise den Unternehmen zugutekommen, an soziale und ökologische Konditionen zu koppeln.

51 Die geplante Politik im Interesse der Betriebe und des Status quo wird die Situation nur
52 verschlimmern, anstatt sie zu verbessern. Denn es ist offensichtlich, dass die zahlreichen
53 Krisen, in denen wir uns heute befinden, nicht dem Zufall, sondern der Art zu wirtschaften,
54 geschuldet sind. Die Überproduktion und die Globalisierung, die mit unannehmbar langen
55 Transportwegen einhergeht, verstärken den Klimawandel und tragen zum Verfall der
56 Biodiversität bei. Und es ist das immer tiefere Eindringen in die verbliebenen natürlichen
57 Lebensräume wilder Tiere, die den Übergang neuer Krankheiten auf den Menschen und somit
58 das Auftreten von Epidemien erleichtert.

59 Ebenso offensichtlich ist, dass jede Krise die sozialen Ungleichheiten innerhalb einer
60 Gesellschaft nur weiter verstärkt. Dabei ist eine Gesellschaft umso resilienter, je geringere
61 Ungleichheiten sie aufweist und je stärker ihre öffentlichen Dienste und Infrastrukturen sind.

62 Das heutige System der industriellen Landwirtschaft, ein Produkt der gemeinsamen europäischen
63 Agrarpolitik der letzten 60 Jahre, ist weder ökonomisch, noch ökologisch nachhaltig aufgebaut.
64 Es impliziert einen hohen Ressourcen- und Energieverbrauch, enorme externalisierte Kosten und
65 einen massiven Verlust an Biodiversität. Der Übergang zu einer nachhaltigen, auf den regionalen
66 Markt ausgerichteten Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen schützt, erfordert eine
67 stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung und die
68 Freigabe der dafür erforderlichen öffentlichen Mittel.

69 Für déi Lénk steht deshalb fest, dass dem Klimawandel und den sozialen Ungleichheiten mit
70 mutigen politischen Entscheidungen entgegengetreten werden muss, um zu verhindern, dass
71 die drohende Wirtschaftskrise sich zu einer handfesten sozialen Krise entwickelt. Um mehr
72 Handlungsspielraum für die öffentliche Hand zu gewinnen, ist ein tiefgreifender
73 Politikwechsel erforderlich.

74 Wir werden weder die soziale, noch die ökologische Krise überwinden können, solange wir
75 uns nicht vom Dogma des ewigen Wirtschaftswachstums befreien. Dieses Dogma ist noch
76 immer politischer Konsens, doch sie kann nicht nachhaltig sein, da sie auf einer
77 uneingeschränkten Ausbeutung der Arbeitskräfte und begrenzter natürlicher Ressourcen
78 beruht.

79 Die Regierung setzt im Kampf gegen den Klimawandel auf den sogenannten grünen
80 Kapitalismus, mit dem die Wachstumsspirale aufrechterhalten werden soll: mit Hilfe des
81 technischen Fortschritts sollen Vorgänge energieeffizienter und somit umweltfreundlicher
82 werden. Bei allem Fortschrittsglauben ist für déi Lénk jedoch klar, dass nicht weiterhin auf
83 Profitmaximierung und ungebremstes Wachstum gesetzt werden darf. Um Kosten zu sparen,

84 transportieren multinationale Firmen beispielsweise während der Herstellung ihre Waren oft
85 über mehrere Erdteile um von niedrigen ökologischen und sozialen Standards profitieren zu
86 können. Solchem Handeln kann nur mithilfe von klaren Regeln Einhalt geboten werden, wozu
87 auch eine kohärente und nachhaltige Handelspolitik gehört.

88 Auch steht fest, dass der jetzige Strom- und Energiekonsum nicht komplett von erneuerbaren
89 Ressourcen abgedeckt werden kann. Vielmehr muss dieser Konsum reduziert werden durch
90 eine gezielte Politik, die hohe Standards setzt beim Ansiedeln neuer Wirtschaftszweige. Die
91 Mär vom technischen Fortschritt lenkt von der Tatsache ab, dass eine Effizienzsteigerung
92 derzeit durch einen Anstieg des Verbrauchs wieder zunichte gemacht wird (Rebound-Effekt).
93 Es gilt demnach mit Hilfe von klaren Regeln und Gesetzen den Verbrauch an sich zu drosseln.

94 Die fundamentalen Probleme, die unsere Gesellschaft in ihrer Existenz bedrohen, sind keine
95 Naturgesetze, sondern Folge von politischen Entscheidungen im Rahmen des neoliberalen
96 Kapitalismus. Durch eine Politik der Privatisierung und Deregulierung seit dem Beginn der
97 1980er Jahre ist ein immer größerer Teil der Entscheidungsgewalt in private Hände
98 übergegangen. Für einen Ausstieg aus dem krisenbehafteten System ist es unabdingbar, dass
99 die Ressourcen (Finanzen, Energie, usw.) und die Geldschöpfung wieder unter öffentliche
100 Kontrolle gelangen, um den politischen Handlungsspielraum zu erweitern.

101 Die Macht des Finanzkapitals ist in den letzten 30 Jahren zum bestimmenden Faktor
102 geworden der entscheidet wohin die Reise geht. Ohne eine demokratische Kontrolle dieses
103 Machtblocks (der Banken und des Finanzsektors) wird keine soziale- und ökologische
104 Umgestaltung der Gesellschaft möglich sein. Besonders in Luxemburg, über dessen
105 Finanzplatz infolge von Steuer- und Regulierungsdumping ein Großteil der schonungslosen
106 Ausbeutung von Mensch und Umwelt verläuft, drängen sich die Fragen nach Eigentum, Macht
107 und gesellschaftlich-demokratischen Entscheidungen auf. Und sie sind hochbrisant, ist doch
108 unsere Wirtschaft zu einem Drittel vom Finanzsektor abhängig geworden.

109 Während der letzten Jahre haben déi Lénk eine Vielzahl an Forderungen ausgearbeitet, die
110 einen solchen Politikwechsel einläuten können. Die Corona-Krise hat erneut bestätigt, dass
111 grundlegende Veränderungen notwendig sind. Dabei geht es nicht immer um die großen
112 Fragen, denn auch punktuelle Veränderungen können das Leben vieler Menschen real
113 vereinfachen.

114 Um die sozialen Ungleichheiten im Land zu verringern, gilt es den geschaffenen Reichtum
115 gerechter zu verteilen. Aus diesem Grund stehen déi Lénk für eine gerechte Steuerreform, die
116 arbeitende Haushalte entlastet und stattdessen Kapitalerträge und große Betriebe stärker
117 belastet.

118 Eine andere Art der Verteilung des geschaffenen Reichtums muss über eine Kürzung der
119 allgemeinen Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich erreicht werden. In einer Gesellschaft,
120 welche die Menschen immer mehr unter Druck setzt, in der Depressionen immer häufiger
121 vorkommen und immer weniger Zeit für Privatleben bleibt, ist es unumgänglich, die
122 Menschen von einem Teil der Arbeitslast zu befreien. Hinzu kommt, dass durch die drohende
123 Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen wird. Dies bedeutet,
124 dass die Arbeitslast gerechter umverteilt werden muss und dass gleichzeitig genügend

125 Arbeitskräfte zur Verfügung stehen müssen, um die zusätzlichen Arbeitsplätze zu besetzen,
126 die aufgrund einer Reduzierung der Arbeitszeit in spezifischen Bereichen (Pflege, Gesundheit,
127 usw.) entstehen. In diesem Sinne stellt eine Reduzierung der Arbeitszeit eine soziale und eine
128 ökonomisch sinnvolle Maßnahme dar, die gleichzeitig die Arbeitslosigkeit während der Krise
129 abfedert und über die Krise hinaus zur Finanzierung der Renten beiträgt. Weiterhin ist die
130 Reduzierung der Arbeitszeit notwendig, um aus sozialen und ökologischen Gründen der
131 Überproduktion aufgrund der permanenten Produktivitätssteigerung entgegenzuwirken und
132 in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft zu gehen.

133 Um der schlimmen Wohnungsnot beizukommen, ist es unabdinglich, dass die öffentliche
134 Hand selber den benötigten Wohnraum schafft. Auch muss die Spekulation mit
135 leerstehenden Wohnungen und Bauland mithilfe einer speziellen Steuer bekämpft und der
136 Schutz der MieterInnen gestärkt werden. déi Lénk haben in diesem Zusammenhang zwei
137 Gesetzesvorschläge im Parlament eingereicht um die Mieten wirksam zu begrenzen und vor
138 allem den Zugang zu Mietwohnungen zu vereinfachen. Diese Forderungen wurden bisher von
139 den Mehrheitsparteien weitestgehend missachtet. Da der aktuelle Notstand immer mehr
140 Menschen in die Armut treibt, wird auch in Zukunft die Bekämpfung der Wohnungsnot ganz
141 oben auf der Agenda von déi Lénk stehen. In diesem Kontext unterstützen déi Lénk zudem
142 weiterhin alternative Wohnformen und wehren sich vehement gegen die Bekämpfung von
143 Wohngemeinschaften der CSV-Déi Gréng-DP-Mehrheit in Esch.

144 Um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu ermöglichen, wollen déi Lénk die Energiepolitik
145 in den Dienst der Allgemeinheit stellen und so den Ausstieg aus fossilen und nuklearen
146 Energiequellen erreichen. Zur Reduzierung des Energiebedarfs soll ein ambitioniertes
147 Programm zur Isolierung von Wohngebäuden beitragen, welches prioritär Familien mit
148 niedrigen Einkommen finanziell unterstützen und besonders auch in Mietwohnungen zum
149 Tragen kommen soll.

150 Auch das Bildungssystem muss von Grund auf erneuert werden, damit es soziale
151 Ungleichheiten aufhebt, anstatt sie zu reproduzieren. Eines der wichtigsten Instrumente ist
152 aus der Sicht von déi Lénk die Einführung einer Schule für alle, die auf dem gemeinsamen
153 Lernen von 4 bis 16 Jahren (C1 bis 4ème) aufbaut. Hier sollen die SchülerInnen bis zum Ende
154 der Schulpflicht gemeinsam lernen. Während des Lockdowns wurde offensichtlich, dass
155 besonders Kinder aus bildungsfernen Familien, benachteiligt waren. Hiermit wurde ein
156 bekanntes Problem des luxemburgischen Schulsystems verstärkt, nämlich, der zu große
157 Einfluss des Elternhauses auf den Schulerfolg der Kinder. Lernen soll vornehmlich in der
158 Schule stattfinden, um die gleichen Bildungschancen aller Kinder zu gewährleisten. Dieses Ziel
159 ist unter anderem mit Ganztagschulen zu erreichen.

160 All diese Forderungen sind realisierbar und würden vieles verbessern. Sie müssen allerdings
161 von der breiten Mehrheit der Gesellschaft getragen werden. Wenn wir eine wirkliche
162 politische Wende einläuten wollen, um aus der gesellschaftlichen Krise auszubrechen, dann
163 reicht es nicht, Veränderungen von oben herab zu diktieren. Vielmehr gilt es, ein progressives
164 Kräfteverhältnis innerhalb der Gesellschaft aufzubauen, das auch weitreichende politische
165 Veränderungen erlaubt. Ein wichtiger Faktor ist die Mobilisierung der Zivilgesellschaft, für
166 eine andere Politik auf der Straße zu demonstrieren. Beispielhaft sind die Aktionen und
167 Kundgebungen von „United for Climate“, der erste nationale Frauenstreik und die „Black lives

168 matter“-Demonstration, sowie die Kundgebung gegen die CETA-Abstimmung im Parlament
169 während des Lockdowns. Die Veränderungen müssen zusammen mit den Menschen
170 erarbeitet werden, anstatt ihnen aufgedrängt zu werden. Wir müssen hin zu einer
171 demokratischeren Gesellschaft, in welcher jeder Mensch eine Stimme hat, unabhängig von
172 Alter, Nationalität und Portemonnaie. déi Lénk setzen sich deshalb auch weiterhin für ein
173 Wahlrecht für EinwohnerInnen ab 16 Jahren auf allen Ebenen ein, aber auch für
174 weiterführende Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung.

175 déi Lénk sehen ihre Aufgabe darin, in Zusammenarbeit mit allen betroffenen und
176 interessierten Menschen eine nachhaltige und solidarische Gesellschaft zu skizzieren und
177 aufzuzeigen, welche politischen Entscheidungen in diese Richtung führen.

178 In dieser Perspektive verabschiedet der Kongress vom 20. September folgende Motion:

179 Der Nationalkongress 2020 von déi Lénk,

180 in Erwägung nachstehender Gründe:

181 - Die sozialen Ungleichheiten in Luxemburg steigen unaufhörlich, genauso wie die
182 Armutsrate und der Anteil der Erwerbsarmut (working poor);

183 - Das Lockdown aufgrund des Corona-Virus und die anschließende Wirtschaftskrise haben
184 diese Ungleichheiten verschärft und werden sie weiter befeuern;

185 - Die Welt ist konfrontiert mit einer ökologischen Krise, welche die Biodiversität gefährdet
186 und die Substanzbasis der Menschheit erodiert;

187 - Die sozialen und ökologischen Krisen verstärken sich gegenseitig und sind die Symptome
188 eines neoliberalen Wirtschaftssystems, das auf Profitmaximierung und ein endloses
189 Wachstum setzt;

190 - Die Regierung scheint keine klare Strategie zu haben, um aus diesen Krisen
191 herauszukommen;

192 - Die aktuelle Propaganda täuscht vor, dass es zum neoliberalen Wirtschaftssystem keine
193 Alternative gibt;

194 - Die Corona-Krise hat vielen Menschen bewusst werden lassen, dass die derzeitige Politik in
195 die Sackgasse führt und wir unser Wirtschaftssystem neu denken müssen;

196 fordert die Nationale Koordination dazu auf:

197 - konkrete Vorschläge auszuarbeiten, um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und weitere
198 soziale Konsequenzen der Krise zu bekämpfen;

199 - während der nächsten Monate offensiv die konkreten Vorschläge von déi Lénk zur
200 Bekämpfung der Wohnungskrise in die öffentliche Debatte zu tragen;

201 - weiterhin an konkreten Maßnahmen zu arbeiten, die auf eine bessere Verteilung der
202 Einkommen und des Reichtums abzielen und die großen Umweltverschmutzer in die Pflicht
203 nehmen, anstatt die Verantwortung auf die individuellen Bürgerinnen und Bürger zu
204 schieben;

205 - währenddessen weiterhin ihre Solidarität auszusprechen gegenüber sozialen,
206 ökologischen, antirassistischen und feministischen Mobilisierungen innerhalb der
207 Gesellschaft und diese zu unterstützen;

208 - an einer Ausstiegsstrategie aus dem aktuellen Wirtschaftssystem und einer klaren Vision
209 zu einer gleicheren, freieren, gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaft zu arbeiten.